

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

27 (27.1.1920) Erstes und Zweites Blatt

Verlagspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 2.40 M., vierteljährlich 7.20 M., an den Abonnenten abgeholt monatlich 2.30 M., vierteljährlich 6.90 M., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 2.65 M., vierteljährlich 7.95 M.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: Die Geschäftsstelle oder deren Raum 61/62a, Postfach 2-2, an erster Stelle 2.50 M., abwärts nach Tarif. Anzeigen-Nachnahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost

Verlag: Schönbuchdruckerei, K. H. Müller & Co. Druck und Verlag: C. H. Müller & Co. Druck und Verlag: C. H. Müller & Co. Druck und Verlag: C. H. Müller & Co.

117. Jahrg. Nr. 27. Dienstag, den 27. Januar 1920 Erstes Blatt.

Frieden in Sicht?

(Von unserem New Yorker Korrespondenten.)

N. Y., New York, den 16. Dezember.

Der laue Kampf zwischen dem Präsidenten und dem Senat über die Verlängerung des Vertrages ist beendet, und zwar auf die unerwartetste Weise. Der Präsident, der trotz seiner Krankheit bis vor kurzem die Situation vollständig kontrollierte, wird vollständig ausgeschaltet werden, wenn er sich dem Senat nicht fügen will. Die allgemeine Erwartung war, daß er nachgeben würde, und die Hand zu einem Kompromiß reichen würde, aber er tat das Gegenteil. Noch vor ein paar Tagen erklärte er eine Erklärung, er werde keinen Schritt von seinem Standpunkt weichen und der Senat müsse entweder den Vertrag unverändert billigen oder die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, daß der Friedensvertrag nicht zustande komme.

Die Gelegenheit dazu bietet die Neuorganisation des Senats, die mit dem Beginn der neuen Kongressperiode eintritt. Bisher war Senator Hitchcock der Führer der demokratischen Minorität, und er befand in jedem Falle genau die Antriebskraft, die er vom Präsidenten erhielt. Das ändert sich, wenn er wiederholt wichtige Entscheidungen verweigert, wie es bei den Beschlüssen über die Einholung von Geldern aus dem Weihen Hause eintrat. Die Lage wurde noch verschärft, weil er in seine Besprechungen mit dem Präsidenten gehen konnte, und auch nicht in der Lage war, ihm die Situation zu schildern. Dazu war der Präsident nicht fähig. Der Senator mußte also regelmäßig sich dem Privatsekretär anvertrauen, der dann in das Kronzimmer ging und nach kurzem Bericht die Befehle erhielt. Solange der Vertrag vor dem Senat war und der Kampf von beiden Seiten angedauert wurde, ließ sich das ertragen; jetzt aber, wo es klar ist, daß das ganze Land ohne Rücksicht auf Parteipolitik, ein Ende des hoffnungslosen Kampfes wünscht, geht es nicht mehr.

Die Demokraten verlieren daher auf den Gedanken, einen andern Mann an Hitchcocks Stelle zu setzen, der etwas mehr Selbständigkeit besitzt und sich nicht damit begnügt, einfach die Worte des Präsidenten zu sein. Die Eiferstunde zwischen Senat und Präsident ist immer noch offen und wurde durch die beiden Präsidenten in einem Maße noch bedeutend angedauert. Ruff Jahre lang konnte Präsident Wilson durch seine Persönlichkeit und reichliche Sandhaltung des Kongresses alles durchziehen, was er wollte, aber schließlich wurde es selbst seinen Parteigenossen zuviel, zumal inwieweit die Republikaner die Mehrheit gewannen.

Die Demokraten verlieren daher auf den Gedanken, einen andern Mann an Hitchcocks Stelle zu setzen, der etwas mehr Selbständigkeit besitzt und sich nicht damit begnügt, einfach die Worte des Präsidenten zu sein. Die Eiferstunde zwischen Senat und Präsident ist immer noch offen und wurde durch die beiden Präsidenten in einem Maße noch bedeutend angedauert. Ruff Jahre lang konnte Präsident Wilson durch seine Persönlichkeit und reichliche Sandhaltung des Kongresses alles durchziehen, was er wollte, aber schließlich wurde es selbst seinen Parteigenossen zuviel, zumal inwieweit die Republikaner die Mehrheit gewannen.

Die Demokraten verlieren daher auf den Gedanken, einen andern Mann an Hitchcocks Stelle zu setzen, der etwas mehr Selbständigkeit besitzt und sich nicht damit begnügt, einfach die Worte des Präsidenten zu sein. Die Eiferstunde zwischen Senat und Präsident ist immer noch offen und wurde durch die beiden Präsidenten in einem Maße noch bedeutend angedauert. Ruff Jahre lang konnte Präsident Wilson durch seine Persönlichkeit und reichliche Sandhaltung des Kongresses alles durchziehen, was er wollte, aber schließlich wurde es selbst seinen Parteigenossen zuviel, zumal inwieweit die Republikaner die Mehrheit gewannen.

Die Demokraten verlieren daher auf den Gedanken, einen andern Mann an Hitchcocks Stelle zu setzen, der etwas mehr Selbständigkeit besitzt und sich nicht damit begnügt, einfach die Worte des Präsidenten zu sein. Die Eiferstunde zwischen Senat und Präsident ist immer noch offen und wurde durch die beiden Präsidenten in einem Maße noch bedeutend angedauert. Ruff Jahre lang konnte Präsident Wilson durch seine Persönlichkeit und reichliche Sandhaltung des Kongresses alles durchziehen, was er wollte, aber schließlich wurde es selbst seinen Parteigenossen zuviel, zumal inwieweit die Republikaner die Mehrheit gewannen.

In Washington ist man fest überzeugt, daß dieses Manöver gelingen und unmittelbar nach Neujahr der Vertrag erledigt sein wird. Der Optimismus geht so weit, daß die Ansicht besteht, die beantragte Erklärung, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ist der Friedensvertrag eingeleitet, vorderhand beiseite zu legen, weil sie unnötig ist. Während nun Grund für die Annahme besteht, daß diese Stimmung berechtigt ist, weil sonst zu geschähe und erfahrene Politiker wie Underwood und Goffen sich nicht mit den Plänen beschäftigen und sie öffentlich als ausführbar bezeichnen würden, läßt sich doch nicht leugnen, daß die ganze Sache etwas nach politischer Eitelkeit aussieht. Die zu berücksichtigenden Gegenstände sind doch gar zu schroff, und wie beispielsweise zwei Drittel der Stimmen des Senats auf eine Neufassung der Einleitung und des Artikel 10 zu vereinen sind, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Die Friedensstifter behaupten das jedoch und sind ihrer Sache so sicher, daß sie in wenig mehr als zwei Wochen den Entwurf fertig zu haben versprechen, mit den erforderlichen 64 Unterschriften. Dann erst wird der neue Vertrag dem Präsidenten unterbreitet werden, der vorher von den Unterhandlungen

Fanatismus.

(Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet.)

Herr Erzberger hatte gestern seinen bösesten Tag seit dem Prozeßbeginn. Die Aussagen der Zeugen, besonders des Unterstaatssekretärs Neuhaus und des Direktors Rabes, belasteten seine Geschäftspolitik stärker, als es die bisherigen Aussagen getan hatten. Dann aber wurde er nach Schluß der Sitzung durch die Gewalttat eines unreifen Burischen fast noch zum Märtyrer. Fast, denn die Angel, die der zwanzigjährige Gymnasiast und ehemalige Führer v. Hirschfeld ihm aus einem altertümlichen Revolver in die Schulter gesteckt hat, wird ihm nach den letzten Nachrichten ja zum Glück keinen schlimmen Schaden tun. Zum Glück für Erzberger und zum Glück für den jugendlichen Attentäter, dessen überpannter, irreführender Patriotismus — auf solchen beruht er sich wenigstens — durch eine wirkliche Blutschuld und deren Folgen zu tragisch belastet worden wäre.

Aber was wir gestern morgen über die Wirkung des Prozesses auf die Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung sagten, hat in der ebenso unbesonnenen wie zu verurteilenden Tat eine überraschend schnelle Befestigung erhalten. Es ist nun dringend zu wünschen, daß alle Parteien in ihrer Agitation sich von jenem Fanatismus freihalten, der besonders auf die Jugend verheerend wirkt und schließlich dem Zwanzigjährigen die Wurdewaise in die Hand drückt, um das Vaterland von irgend jemand zu befreien, der in ihrer Parteipresse und in ihren Kreisen immer nur als schuldig hingestellt worden ist. Weniger Politik! muß die Losung sein und: Mehr Arbeit und mehr Ruhe!

6. Berlin, 26. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Aus der Reichsfinanzverwaltung wird mitgeteilt: Der Reichsfinanzminister hat eine Verletzung an der rechten Schulter gegenwärtig davongetragen. Er konnte sich sofort zu seinem Arzte begeben, der ihm einen Verband anlegte, dann fuhr er nach Hause. Sein Befinden ist ganz normal, er ist völlig fieberfrei. Eine zweite Angel pralle, wie es heißt, an der Uhrkette Erzbergers ab. Die sofort hinzupringenden Zeugen entzogen dem Attentäter den Revolver und verprügelten ihn, bis ihn Beamte des Kriminalgerichts auf die Sicherheitswache brachten.

Berlin, 26. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir hören, hat die erste ärztliche Untersuchung des Ministers Erzberger ergeben, daß die Angel, die den Arm durchbohrt hat, weiter in die Brust eingedrungen ist. Näheres muß die Nachuntersuchung ergeben.

Berlin, 26. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers behandelnden Arztes, Universitätsprofessor Plesch, an die „Germania“ kann an eine Entfernung der Angel aus dem Arm nicht gedacht werden. Der Zustand des Patienten erheischt für die nächsten Tage die größte Schonung, wenn auch eine unmittelbare Lebensgefahr nicht besteht.

Mehr als 50prozentige Erhöhung der Güter- und Personentaxe auf den Eisenbahnen.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 26. Jan. Die bereits angekündigte Erhöhung der Güter- und Personentaxe auf den Eisenbahnen wird am 1. März d. J. in Kraft treten. Der Aufschlag auf den bisherigen Fahrpreis dürfte mehr als 50 Prozent betragen.

Zur Frage der Sechsstundenschieft der Bergarbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)

Bonn, 26. Jan. (Wolff.) Die Generalversammlung des alten Bergarbeiterverbandes sprach sich heute einstimmig grundsätzlich für Beibehaltung der regelmäßigen unterirdischen Arbeitszeit auf sechs Stunden aus. In der weiteren namentlichen Abstimmung wurde der Provisionsantrag, die Sechsstundenschieft im Februar durch Arbeitszeiteinstellung zu erzwingen, mit 182 gegen 126 Stimmen abgelehnt.

Sächsische Wirtschaftsmassnahmen.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)

Dresden, 26. Jan. Der mehrheitssozialistische Wirtschaftsminister Schwarz erklärte, der Großgrundbesitz werde sozialisiert, alle während des Krieges von Industriellen abgeschlossenen Güterkäufe würden annulliert durch staatliches Vorkaufsrecht. Die Zwangsversteigerung für Milch, Fleisch und Brot bleibe bestehen.

Eine Drohung der Entente.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Essen, 26. Jan. Nach einer Meldung einer hiesigen Korrespondenz hat die Entente die Erklärung abgegeben lassen, daß weitere Lebensmittelforderungen nach Deutschland unterbleiben werden, wenn Streik und Unruhen nicht aufhören.

Die Auslieferungsfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 26. Jan. Nach einer Privatmeldung des „Journal“ aus London meldet der Korrespondent des „Daily Chronicle“ aus Washington, in diplomatischen Kreisen von Washington werde man die Meinung aus, die Entscheidung der Niederlande gegenüber dem Auslieferungsbegehren der Alliierten willkommen. Die amerikanische Friedensdelegation habe zwar ein Solidaritätsgefühl der Verlegung Kaiser Wilhelms zugestimmt, aber zugleich erklärt, daß sie den Grundgesetz nicht billige.

Englische Pressestimmen zur Antwort Hollands.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 26. Jan. (Wolff.) Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, schreibt „Oberver“ zur Antwortnote der Niederlande, sie sei entschlossen und beruhe auf unumstößlichen Beweisgründen. Die radikale „Reynolds News Papers“ schreibt: Jede britische Regierung hätte dieselbe Antwort erteilt wie die niederländische. „Star“ schreibt: Die Koalitionshüter hätten von Anfang an gewünscht, daß kein unabhängiger Staat jemals zustimmen werde, einen politischen Flüchtling seinen Feinden auszuliefern. Alle wohlunterrichteten Personen hätten gewünscht, daß das Versprechen Lord Georges, dem Kaiser vor das Gericht zu bringen, eine vollkommene Irreführung gewesen sei.

„Westminster Gazette“ schreibt: Die niederländische Regierung hat in würdiger Sprache die Antwort gegeben, die erwartet werden konnte. „Evening Standard“ schreibt: Der Inhalt der niederländischen Note entspricht vollkommen den Erwartungen.

Nur „Pall Mall Gazette“ zieht gegen die Antwort der Niederlande zu Felde und schreibt: Holland habe sich zum Bundesgenossen von Verbrechern gemacht.

Ziniger Protest gegen das Verlangen auf Auslieferung Kaiser Wilhelms.

(Eigener Drahtbericht.)

Selbstmörders, 26. Jan. (Wolff.) Alle inländischen Zeitungen verbreiten einen Protest gegen das Verlangen auf Auslieferung Kaiser Wilhelms, den 70 der hervorragendsten Anländer unterzeichnet haben. In dem Aufruf wird ausgedrückt, daß das Auslieferungsverlangen unmoralisch und moralisch verwerflich sei.

Die Entente-Vorkaufskongress.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 26. Jan. (Wolff.) Auf der heute beginnenden Vorkaufskongress werden vertreten sein: England durch Lord Derby, Italien durch Graf Venizelos, Japan durch Matsui, Frankreich durch Jules Cambon oder durch Puleologue. „Zeitungsver“ glaubt, daß auch der amerikanische Vorkaufskongress der heutigen Sitzung beizubehalten wird.

Der Präsidentschaftswahlkampf in Amerika.

(Eigener Drahtbericht.)

Washington, 26. Jan. (Wolff.) Hoover, der von weiten Kreisen aufsteigend wird, die Präsidentschaftskandidatur zu übernehmen, wurde im Senat von Senator Reed heftig angegriffen, der ihn beschuldigte, ein Ausländer und Bewunderer Groß-Britanniens zu sein.

Die Grippe in Japan.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 26. Jan. „Central News“ melden aus Tokio, daß die dort wütende Grippe nun an einem Tode 1700 Tote gefordert hat.

Der heute noch immer in dem Glauben lebt, daß die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie sie vor dem 9. November 1918 bei uns bestanden haben, auch in der neuen Zeit aufrecht erhalten bleiben müssen, der ist nicht nur recht, sondern auch billig. Der Arbeiter hat die Sache nicht auf alle Fälle, und es empfiehlt sich, sie schnell zu erledigen.

Arbeitnehmerschaft und Volkswohl.

Von Gustav Hartmann.

Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

Der heute noch immer in dem Glauben lebt, daß die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie sie vor dem 9. November 1918 bei uns bestanden haben, auch in der neuen Zeit aufrecht erhalten bleiben müssen, der ist nicht nur recht, sondern auch billig. Der Arbeiter hat die Sache nicht auf alle Fälle, und es empfiehlt sich, sie schnell zu erledigen.

Die größte Hilfe wird die Tatsache liefern, daß wir im nächsten Jahre einen neuen Präsidenten wählen. Dazu will man alle möglichen Einflüsse aus dem Weite haben. Denn wenn auch die Republikaner in diesem Augenblick, wie zahlreiche Vorkauf- und Geschäftswahlen beweisen, die Wähler auf ihrer Seite haben, so kann man doch nicht wissen, ob diese Stimmung bis zum nächsten Herbst vorhält. Und man verbringt sich vom Frieden so viele Vorteile in wirtschaftlicher Beziehung, daß keine Partei für etwaiges Ausbleiben dieser Verantwortung gemacht werden will. Werden die Zeiten nicht auf, so wird der bittren, der den Frieden verachtet hat. Deshalb ist die Sache nicht auf alle Fälle, und es empfiehlt sich, sie schnell zu erledigen.

Nun hat sich vieles geändert. Die Arbeitnehmerschaft ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor geworden und sie wird sich ihre erlangte Macht keineswegs wieder verliessen lassen. Wer es unternehmen wollte, die Neuorganisation der Dinge rückwärts zu revidieren, der leistet dem Volke und unserer Wirtschaft keinen guten Dienst, der trägt dazu bei, daß keine Vererbung in die Massen kommt, und der verhindert die Wiederherstellung unserer Wirtschaft und der Volkswirtschaft. Die Arbeitnehmerschaft wird es nicht dulden, daß wieder Zustände entstehen, die ihnen die Arbeitsverhältnisse nicht entziehen. Man kann heute keinesfalls sagen, daß die Arbeitnehmerschaft regieren, sondern man muß mit ihnen auf gleichem Boden verhandeln und nach neuen Wegen suchen, um Arbeitslust und Arbeitsfreude zu wecken und zu fördern.

Das Gesetz über Betriebsräte dürfte hierzu eine geeignete Grundlage bieten, wenn es auch kaum in den beteiligten Kreisen mit besonderer Freude aufgenommen wird. Ein Teil der Arbeitgeber bestreitet durch dieses Gesetz eine Verminderung der Industrie, weil auch die Vertreter der Arbeitnehmerschaft mitbestimmend an dem Gelingen der Betriebe beteiligt sein sollen. Das sind aber Forderungen, von denen man sich fernhalten sollte. Überall dort, wo man Vertretern der Arbeitnehmerschaft größere Rechte eingeräumt hat, sind ihnen auch größere Pflichten und eine größere Verantwortung erwachsen, die sie bisher nicht kannten. Es kommt nicht auf das Wort an, wie es im Gesetz steht, sondern in der Sache selbst auf den beiderseitigen guten Willen und auf den Geist, der beide Produktionsfaktoren befeuert und der bei gemeinsamer Arbeit die maßgebenden Verhältnisse nicht den Zufällen überläßt, sondern viel eher den Wiederaufbau ermöglicht. Die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse macht eine solche Gemeinheitsarbeit notwendig, ohne daß dabei die Unternehmensfreiheit und die persönliche Tatkraft des Unternehmers selbst vernichtet werden darf.

Einem großen Teil der Arbeitnehmer geht dagegen das Gesetz nicht weit genug. Dieser Teil hält die maßgebenden Bestimmungen des Gesetzes für zu eng und den Interessen der Arbeitnehmer nicht genügend entgegenkommend. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, kann jedoch gesagt werden, daß die mittlere Linie, die von dem letzten Ausschuss der Nationalversammlung eingeschlagen worden ist, die Grundlage zu einer Verständigung bilden kann. Das Volkswohl verlangt die Mitwirkung aller Kräfte im Volk, denen dieses Wohl am Herzen liegt, und wenn auch in Arbeitnehmerschaften überindividuelle Elemente vorhanden sind, denen nichts auf dem Wege steht, so hat die große Masse doch genügend Verantwortungsgefühl, um zu wissen, worauf es ankommt. Die Teilnahme der Arbeitnehmerschaft muß Rechnung getragen werden bei allem, was jetzt von der Gesetzgebung unternommen wird. Damit müssen sich auch jene abfinden, die andere Meinungen haben. Das Volkswohl erfordert die Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an allen wichtigen Vorgängen, und die große Masse der Arbeitnehmer wird bereitwillig diese Mitwirkung leisten und die Verantwortungen mittragen, je ernster der Wille zur Verständigung auch in den Kreisen der Besitzenden zum Ausdruck kommt.

Obwohl der Artikel durch die Ereignisse überholt ist, bietet er bei der ersten Kenntnis, die wir von den innerpolitischen Vorgängen in den Vereinigten Staaten haben, mancherlei Stimmungsmomente, die für unsere Einstellung auf die amerikanische Politik von Wert sind. Red.

Die Ueberwachung der Ausländer, die Zulassung in die Reichsgebiete...

Verdieselungs-Bericht, Erlösung der Marke 2, Serie C, gelbe Karten...

Städt. Fleischamt, Fahrnis-Versteigerung, Edelsheimstraße 7, hier...

Nachlassversteigerung, B. Hofmann, Auktionator...

Die doppelten Nummern, den Erinnerungen eines Kriminalbeamten...

Öffentliche Religiöse Vorträge, vom Montag, den 26. Januar bis Sonntag, den 1. Februar...

Deutsch-Völkischer Schutz- u. Trutz-Bund, Ortsgruppe Karlsruhe, Eintrachtsaal...

Öffentlicher Vortrag, Bernhard Köhler, München über: „Mammonismus, die Weltkrankheit, dessen Bekämpfung durch Brechung der Zinsknechtschaft“...

Franz Tafel, Musikalienhandlg., Kaiserstraße 32a, Ecke Lammsstraße...

Betrieblene Gnah-So. u. nger, Ortsgruppe Karlsruhe, General-Versammlung...

Dann trug Bianca ein großes Servierbrett herein, auf dem eine Fülle appetitlich zurechtgemachter Brötchen...

Ortskartell freier Angestelltenverbände, Geschäftsstelle: Erbprinzenstraße 17...

Stierklubverein Karlsruhe, Die 44. ordentliche Hauptversammlung...

Atelier gesucht, Kellner, kleiner Lagerraum...

Zusammen, kleinerer Zimmer, Wohn- u. Schlafzimmern...

Atelier gesucht, Kellner, kleinerer Zimmer, Wohn- u. Schlafzimmern...

Geld sicher, wenn Sie uns aber verraten und vielleicht gar die Schuldigen warnen...

Maschinenschreiberin, Köchin, Mädchen, Stundengeld, Stundenfrau...

Mädchen, Mädchen, Mädchen, Mädchen...

Mädchen, Mädchen, Mädchen, Mädchen...

Mädchen, Mädchen, Mädchen, Mädchen...

Mädchen, Mädchen, Mädchen, Mädchen...

„Derr Gellod ist ein guter Mann.“ „Nun also.“ „Er hat mir manches abgekauft aus meinem Althandel...“

